



Bezirksregierung Münster Regionalplanungsbehörde

Geschäftsstelle des Regionalrates

Tel.: 0251/411-1755 Fax.:0251/411-1751 eMail:geschaeftsstelle@bezreg-muenster.nrw.de

Sitzungsvorlage 3/2011

Niederschrift der Sitzung des Regionalrates Münster am 13.12.2010

Berichterstatter: Abteilungsdirektor Gregor Lange

Bearbeiter: Regierungsdirektorin Andrea Beatrix-Hess
Tel.: 0251-411-1750
Regierungsbeschäftigte Inge Weber
Tel.: 0251-411-1755

Diese Vorlage ist Beratungsgrundlage zu

- TOP der Sitzung der Verkehrskommission am
- TOP der Sitzung der Strukturkommission am
- TOP 1 der Sitzung des Regionalrates am 11.04.2011**

Beschlussvorschlag

für die Verkehrskommission:

- Zustimmung Kenntnisnahme

für die Strukturkommission:

- Zustimmung Kenntnisnahme

für den Regionalrat:

- Zustimmung Kenntnisnahme

Niederschrift der Sitzung des Regionalrates Münster am 13.12.2010

Beginn: 09.30 Uhr

Ende: 11.35 Uhr

Anwesenheitsliste: s. Anlage 1

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, insbesondere Herrn Abteilungsdirektor Lange, und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 1: Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Regionalrates vom 20.09.2010

Der Regionalrat genehmigte die Niederschrift einstimmig.

TOP 2: Bestellung des bei der Bezirksregierung Münster für die Landes- und Regionalplanung zuständigen Regionalplaners Gregor Lange als Nachfolger von Frau Diana Ewert Herstellung des Benehmens

Herr Regierungspräsident berichtete, Herr Lange sei seit dem 01.12.2010 als Leiter der Abteilung 3 in der Bezirksregierung tätig und verfüge über langjährige Erfahrung im Rahmen der staatlichen Verwaltung. Herr Lange habe bereits die Möglichkeit genutzt, an der Sitzung des Ältestenrates sowie an den vorbereitenden Sitzungen der Fraktionen teilzunehmen und sich vorzustellen. Er richtete die Bitte an die Mitglieder des Regionalrates, Herrn Lange im Rahmen der Benehmensherstellung bei der Wahrnehmung der Aufgabe des Regionalplaners zu unterstützen.

Der Regionalrat stellte einstimmig das Benehmen her.

TOP 3: Regionalisierte Strukturpolitik I. Clusterentwicklung II. Münsterland

Herr Daldrup äußerte die Bitte, dass der Regionalrat sich möglichst bald mit den aktuellen Entwicklungen in der Kohlepolitik beschäftigen sollte.

Der Vorsitzende schlug vor, dieses Thema in einer der nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Regierungspräsident sprach drei strukturpolitisch wichtige und für den Regionalrat interessante Themen an, die je nach Informationsstand in den nächsten

Sitzungen für die Tagesordnung vorgeschlagen würden. Dies seien neben den aktuellen Entwicklungen in der Kohlepolitik auch die Thematik der Bundeswehrstandorte und die möglichen Auswirkungen des neuen Konzeptes der Bundeswehr für die Standorte im Münsterland. Ein weiteres Thema sei die Entwicklung der Euregio-Förderung nach 2013.

Herr Schemmer regte an, die Auswirkungen des Abzugs von britischen Truppen für das Münsterland mit zu beleuchten.

Frau Regierungsvizepräsidentin berichtete, dass zum Thema Abzug britischer Truppen aus Deutschland eine erste Sitzung auf Ressortebene mit Teilnahme der Bezirksregierungen stattgefunden habe. Hier sei es in erster Linie um die Feststellung der betroffenen Flächen gegangen, die mehr im rheinischen Bereich und weniger im Münsterland lägen. Eine weitere Sitzung sei in Planung, so dass durchaus die Gelegenheit bestehe, die Informationen in die 1. Sitzung des Regionalrates in 2011 einfließen zu lassen.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 68/2010 zur Kenntnis.

TOP 4: Information zum Sachstand Konjunkturpaket 2

Der Vorsitzende lobt die positive Entwicklung und bat die Bezirksregierung, Mitte des kommenden Jahres die Auswirkungen in den verschiedenen Bereichen darzustellen.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 69/2010 zur Kenntnis.

TOP 5: Anreizsystem für interkommunale Zusammenarbeit Antrag der SPD-Fraktion

Frau Regierungsvizepräsidentin berichtete, dass die Bezirksregierung sich auf Bitte der SPD-Fraktion in den letzten Monaten intensiv mit dem Thema beschäftigt habe. Frau Dorndorf werde das erarbeitete Konzept vorstellen. Festzustellen sei, dass interkommunale Zusammenarbeit nichts Neues sei und dass es im Regierungsbezirk in vielen Bereichen sehr gute Beispiele der Zusammenarbeit gebe. Gleichwohl könne man durchaus überlegen, ob es weitere Möglichkeiten gebe, diese Zusammenarbeit zu forcieren.

Frau Dorndorf berichtete anhand von Folien über die Notwendigkeit und Ziele eines Anreizsystems zur Interkommunalen Zusammenarbeit, ging auf die rechtlichen Grundlagen ein, beleuchtete das Für und Wider und die Möglichkeiten einer Förderung und ging auf die Ausgestaltung eines Anreizsystems ein.
(Folien des Vortrages s. Anlage 2 zur Niederschrift)

Frau Regierungsvizepräsidentin berichtete ergänzend über ein Beispiel der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Recklinghausen. Hier habe die Bezirksregierung auf Wunsch des Landrates eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel

moderiert, Themenfelder für eine engere Zusammenarbeit zu erarbeiten. Dabei seien u.a. die Themen Personalservice, Hypotheken, Brandschutz- und Rettungswesen und Vermessung festgelegt worden. Eine entsprechende Beschlussvorlage werde jetzt den Räten der kreisangehörigen Kommunen vorgelegt.

Der Vorsitzende bedankte sich für die Information und regte an, eine Aufstellung über die bereits bestehenden Beispiele im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit im Regierungsbezirk als Grundlage für die weiteren Schritte zusammenzutragen.

Herr Lewe bedankte sich für den informativen Vortrag und äußerte die Bitte, die Folien des Vortrages zur Verfügung gestellt zu bekommen. Wie der Vortrag deutlich gezeigt habe, sei es hier wie in vielen anderen Bereichen auch von besonderer Wichtigkeit, Barrieren abzubauen.

(Der Redebeitrag konnte nicht komplett wiedergegeben werden, da aufgrund des nicht eingeschalteten Mikrofons keine Aufzeichnung erfolgte.)

Herr Daldrup bedankte sich für die ausführliche Darstellung und die gründliche Prüfung der Anregung. Der Regionalrat könne hier keine Entscheidung treffen, aber Anregungen auf Grundlage der drei im Vortrag dargestellten Säulen an die Landesregierung für die Erarbeitung eines solchen Konzeptes geben. Angesichts des demographischen Wandels ergebe sich in vielen Bereichen die Notwendigkeit von Kooperation auch beispielsweise über Kreisgrenzen hinaus.

Vor diesem Hintergrund sollte auch über mögliche Anreizinstrumente, auch finanzieller Art, nachgedacht werden, um den aktuellen politischen Herausforderungen gerecht werden zu können.

Herr Ballenthin bedankte sich für den informativen Vortrag, mit dem mögliche Strukturen als Grundlage für eine weitere Diskussion auch mit den Kommunen aufgezeigt worden seien. Eine finanzielle Unterstützung sehe er auch unter dem Aspekt eines möglichen Mitnahmeeffektes als problematisch an.

Herr Streich stellte fest, dass die Kommunen doch noch sehr zögerlich an die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit herangingen. Der sehr ausführliche Vortrag gebe hier einen An Schub zum Umdenken und offensivem Umgang mit diesem Thema.

Herr Schemmer bedankte sich für den Vortrag und bat die Bezirksregierung, als Grundlage für die weitere Diskussion eine systematische Zusammenstellung der bereits bestehenden Beispiele an interkommunaler Zusammenarbeit zu erstellen.

Herr Regierungspräsident sagte eine Untersuchung und Beurteilung der Fördermöglichkeiten nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz sowie eine strukturierte Zusammenstellung aller angesprochenen Punkte sowie der bereits bestehenden Projekte im Münsterland zu. Die Bezirksregierung werde mit der Landesregierung Kontakt aufnehmen, um weitere Schritte im Detail abzustimmen, und darüber voraussichtlich in der Strukturkommission im Frühjahr 2011 berichten.

Herr Fehr bedankte sich für die Initiative der SPD-Fraktion und merkte an, dass man bei den vielen guten Beispielen interkommunaler Zusammenarbeit nicht außer Acht lassen dürfe, dass dieses Instrument nicht immer nur positiv gesehen werden dürfe.

Im Kreis Steinfurt fänden sich einige Initiativen, die verdeutlichten, dass interkommunale Zusammenarbeit wirklich funktioniere und auch Kosten einspare.

Herr Hild stellte fest, dass die interkommunale Zusammenarbeit eine Struktur biete, die zukunftsfähig sein sollte und die Zukunftsfähigkeit bei den Städten und Gemeinden erhalten sollte. Aus der Erfahrung des Kreises Warendorf halte er eine Moderation durch die Bezirksregierung für sehr positiv und wichtig.

Der Vorsitzende stellte Konsens hinsichtlich der Zielrichtung fest und befürwortete den Vorschlag von Herrn Regierungspräsident für das weitere Vorgehen.

Frau Regierungsvizepräsidentin stellte klar, dass eine Förderung nur im Sinne einer Anschubförderung in Frage komme, um einen Anreiz zu schaffen. Wichtig sei das Prinzip der Freiwilligkeit, da z.B. die Konsequenz aus der Zusammenlegung von Aufgaben die Auflösung eines Amtes sowie Arbeitsplatzwechsel von Mitarbeitern sein könne.

Der Regionalrat bedankte sich für die informative Powerpointpräsentation und nahm die Sitzungsvorlage 70/2010 zur Kenntnis,

**TOP 6: 24. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Münster, Teilabschnitt Münsterland
Umnutzung eines Bereiches für öffentliche Zwecke (Militärisches Munitionsdepot) zu einem „Bioenergiepark“ auf dem Gebiet der Gemeinde Saerbeck
- Aufstellungsbeschluss-**

Frau Regierungsvizepräsidentin erläuterte die Sitzungsvorlage und führte ergänzend aus, dass der nördliche Teil des alten Munitionsdepots als Bereich für den Schutz der Natur dargestellt werde und der südliche Teil mit bestehender Bebauung für den Bioenergiepark genutzt werden solle. Besonderes Merkmal des geplanten Bioenergieparks solle die Kombination verschiedener Nutzungen aus dem Bereich der erneuerbaren / regenerativen Energien sein. Dabei gehe es sowohl um Photovoltaikanlagen als auch um Solaranlagen, Geothermie-Anlagen, Windenergieanlagen, Biogasanlagen, Biomassekraftwerke, Bioraffinerien und Bioabfallbehandlungsanlagen. Der jetzige Regionalplan biete eine Ausnahmeregelung für bestimmte Bereiche, wonach neben den Eignungsbereichen auch Windenergieanlagen im geplanten Bioenergiepark zugelassen werden könnten. Diese Ausnahmeregelung müsse in den textlichen Zielen festgelegt werden. Nach derzeitigem Kenntnisstand seien zwei Biogasanlagen geplant. Es gebe aber auch Überlegungen, sie auf eine größere zu konzentrieren.

Herr Streich äußerte Bedenken der FDP-Fraktion hinsichtlich der nicht feststehenden Anzahl von Windkraftanlagen. Außerdem seien die nach seinen Informationen geplanten 3 Biogasanlagen für dieses Gebiet nicht verträglich auch hinsichtlich der Verkehrsanbindung. Die FDP-Fraktion stelle sich nicht grundsätzlich gegen einen Bioenergiepark, sehe aber in diesem Fall eine starke Gefährdung des

Landschaftsbildes durch die dann notwendige Maisanbaufläche. Aus diesen Gründen werde die FDP-Fraktion dem Aufstellungsbeschluss nicht zustimmen.

Herr Dr. Harengerd stellte fest, dass er grundsätzlich die Idee eines solchen Bioenergieparks begrüße. Bedenken habe er bezüglich der nicht feststehenden Anzahl von Windkraftanlagen sowie einer zusätzlichen Vermaisung der Landschaft durch große Biogasanlagen. Daher spreche er sich zwar nicht grundsätzlich, aber im Detail gegen Teile der vorliegenden Beschlussvorlage aus.

Herr Fehr äußerte, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe von der Abwägung her auch große Bedenken und sehe die Einwände der Naturschutzverbände als berechtigt. Geklärt werden müssten noch die unterschiedlichen Angaben der Projektentwickler und Naturschutzverbände hinsichtlich der Größe der Maisanbauflächen. Grundsätzlich gehe es um einen für die Zukunft zu lösenden Konflikt zwischen Klimaschutz, Artenschutz und Naturschutz. Problematisch sehe die Fraktion die zunehmend im industriellen Stil betriebenen Agrargasanlagen. Für den geplanten Bioenergiepark spreche die Kombination verschiedener Nutzungen aus dem Bereich der erneuerbaren und regenerativen Energien, so dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Herr Paulsen führte aus, dass er die Einwände der Naturschutzverbände einer intensiven Prüfung unterzogen habe. Bedauerlicherweise seien Beeinträchtigungen nicht auszuschließen, aber es stehe außer Zweifel, dass hier eine ehemalige Militärfläche einer durchaus sinnvollen Nutzung im Bereich der erneuerbaren und regenerativen Energieversorgung zugeführt werden solle. Ein erheblicher Konflikt ergebe sich durch die Frage, ob das Münsterland eine Energieregion werden oder eine landwirtschaftliche Veredelungsregion bleiben solle. Die SPD-Fraktion werde das Projekt weiter verfolgen und weiter unterstützen.

Herr Ballenthin stellte fest, dass der Aufstellungsbeschluss nicht unproblematisch sei, die CDU-Fraktion aber die kommunale Seite unterstützen werde. Es sei aber sicherlich sinnvoll, sich zu einem späteren Zeitpunkt noch mal intensiv zu dem gesamten Themenkomplex Biogasanlagen, Solarenergie und Windkraftanlagen im Münsterland auszutauschen. Die CDU-Fraktion werde dem vorliegenden Beschlussvorschlag zustimmen.

Der Vorsitzende fasste zusammen, dass die kritischen Hinweise, insbesondere bezogen auf die Größenordnung, im weiteren Verfahren bei der Aufstellung des Flächennutzungsplanes Berücksichtigung finden sollten. In Bezug auf die Vornutzung sei die Errichtung eines Bioenergieparks eine gute Lösung, da die Flächen der Landwirtschaft nicht zusätzlich entzogen werden müssten. Aufgrund des vorhandenen Zielkonfliktes sei es wichtig und notwendig, sich noch mal grundsätzlich über regenerative Energien im Münsterland zu beraten.

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 71/2010 bei zwei Gegenstimmen zu.

**TOP 7: Städtebauförderung
Vorschlag für das Stadterneuerungsprogramm 2011**

Herr Schemmer stelle fest, dass die beabsichtigte Kürzung der Städtebaufördermittel nicht so drastisch ausgefallen sei wie angekündigt und sich für das Münsterland aufgrund des größeren Förderanteils für kleinere Städte und Gemeinden in 2011 positiv darstellen werde.

Herr Daldrup machte deutlich, dass die Kürzung im Förderbereich Soziale Stadt in einer Größenordnung von 70 % nicht nur den Ballungsraum, sondern auch Städte wie Ahlen, Rheine und Münster treffe. Angesichts der sicherlich notwendigen Förderung von kleineren Orten des Münsterlandes dürfe die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Förderung im Ballungsraum nicht außer Acht gelassen werden.

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 72/2010, den Entwurf für das Stadterneuerungsprogramm in einer Sondersitzung am 19.01.2011 zu beraten und zu beschließen, einstimmig zu.

**TOP 8: Altlastenförderung 2011
Unterrichtung und Beratung über die für eine Förderung im Jahr 2011 angemeldeten Vorhaben zur Gefährdungsabschätzung, Untersuchung und Sanierung von Altstandorten und Altablagerungen**

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 73/2010 einstimmig zu.

**TOP 9: Kunst- und Kulturförderung
Projektförderung im Rahmen der Regionalen Kulturpolitik 2011**

Herr Weber erläuterte die Sitzungsvorlage mit der Liste der vom Kulturrat beschlossenen Projekte.

Herr Ballenthin äußerte die Bitte, zusätzlich zu den Projektnamen auch die Namen und Orte der Antragsteller mit aufzunehmen.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 74/2010 zur Kenntnis.

**TOP 10: Regionaler Vorschlag zum Jahresbauprogramm 2011 für die
Maßnahmen des Landesstraßenausbauplanes**

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 75/2010 zur Kenntnis.

**TOP 11: Regionaler Vorschlag zum Jahresbauprogramm 2011 für Um- und
Ausbaumaßnahmen an Landesstraßen bis 3 Mio. € Gesamtkosten**

Herr Hösel erläuterte die Sitzungsvorlage und führte ergänzend aus, dass dem Münsterland inzwischen per Erlass 15 % der Gesamtmittel zugewiesen worden seien und somit 1,5 Mio. Euro zur Verfügung stünden.

Der Vorsitzende erkundigte sich, ob nach der Mittelzuweisung auch feststehe, welche der im Priorisierungsvorschlag aufgeführten Projekte realisiert werden könnten.

Herr Hösel führte aus, dass dies davon abhängig sei, in welchem Umfang die Mittel zur Ausfinanzierung von in Vorjahren bereits begonnenen Maßnahmen Verwendung finden würden.

Herr Daldrup kritisierte deutlich die Darstellung in der Sitzungsvorlage, wonach die unterschiedlichen Maßnahmen in einer regionalen Reihung bewertet worden seien und die letztjährigen Bewertungen eingehend überprüft und soweit erforderlich auch aktualisiert worden seien. Seiner Meinung nach werde der Landesbetrieb der Verkehrssicherungspflicht nicht gerecht. Er erläuterte den äußerst schlechten Zustand der unter Rang 4 aufgeführten Maßnahme L 851 Drensteinfurt – Sendenhorst und kritisierte, dass die sonstigen fachlichen Belange für diese Maßnahme mit gering beschrieben seien. Diese Straße sei die einzige Verbindung von Sendenhorst über Drensteinfurt zur A 1 und werde u.a. von einem ansässigen Großunternehmen genutzt. Der Straßenzustand sei unhaltbar und gebe Anlass zu Überlegungen hinsichtlich einer Umverteilung der Mittel für den Neubau in den Bereich von Unterhaltung und Erhalt des Straßennetzes. Vor dem Hintergrund von Prioritäten im Bewusstsein eines begrenzten Budgets sei eine Information über die tatsächlich für neue Maßnahmen zur Verfügung stehenden Mittel wichtig.

Herr Hild schloss sich der Lagebeurteilung voll und ganz an. Angesichts der sicherlich auch notwendigen Neubaumaßnahmen dürfe eine Bestandssicherung des vorhandenen Straßennetzes nicht hinten anstehen. Es gäbe viele Beispiele, die vom Ausbaustandard auf den Stand der Zeit gebracht werden müssten.

Herr Schemmer bestätigte, bei der angesprochenen wie auch bei anderen Straßen stehe außer Frage, dass sie dringend ausbaubedürftig seien. Aber auch der Neubau von Landesstraßen sei unabdingbar. Er schlug vor, dass der Regionalrat sich im Laufe des Frühjahrs positionieren und mit einer Resolution an die Landesregierung wenden sollte.

Herr Gerhardy stimmte Herrn Daldrup in einigen Punkten zu, widersprach aber dem Vorschlag, den Neubau zugunsten des Straßenerhalts hinten an zu stellen. Die Belange seien zu unterschiedlich, um generell diese Aussage zu machen, sondern es müsse von Fall zu Fall entschieden werden, um eine sachgerechte Lösung zu erreichen. Es stelle sich die Frage, wie man angesichts der knappen Mittel intelligente Lösungen für den für die Zukunft prognostizierten steigenden Verkehr finden könne.

Herr Hösel und **Herr Kleinpaß** machten deutlich, dass die Priorisierung der Maßnahmen auf Grundlage eines fachlichen Bewertungssystems erfolge, das 2001 vom Ministerium gemeinsam mit den Bezirksregierungen und dem Landesbetrieb entwickelt worden sei. Die von Herrn Daldrup angesprochene fachliche Bewertung fließe mit 35 % in die Gesamtbewertung ein, der Straßenzustand, die Verkehrsbedeutung, Verkehrsfluss und Verkehrssicherheit mit 65 %. Die etwas bessere Bewertung der Maßnahme beruhe darauf, dass die Maßnahmen aus dem Emscher-Lippe-Raum nicht mehr zur Beschlussfassung anstünden. Aufgrund des bereits vorher festgestellten schlechten Straßenzustandes sowie in relativer Betrachtung mit anderen Straßen im Münsterland habe keine bessere Bewertung erfolgen können.

Bezüglich der zur Verfügung stehenden Mittel führte Herr Kleinpaß aus, dass dem Landesbetrieb noch keine abschließenden Zahlen für 2010 vorlägen. Der Landesbetrieb sei für ganz Nordrhein-Westfalen zuständig und habe das Recht, bei seiner Haushaltsbewirtschaftung auch Maßnahmen gegeneinander zu verrechnen. Nach den Erfahrungswerten könne er sagen, dass von den 2011 zur Verfügung stehenden 1,5 Mio. Euro etwa 1/3 bis die Hälfte der Mittel schon für noch laufende Maßnahmen gebunden sei. Optimistisch gesehen könnten wahrscheinlich 1 Mio. Euro für 2011 zur Verfügung stehen, so dass die beiden auf den vorderen Plätzen stehenden Maßnahmen gute Chancen hätten, begonnen zu werden.

Der Vorsitzende schlug vor, die besprochene Thematik mit dem Landesbetrieb zu erörtern, um unter dem Aspekt der Verkehrssicherheit möglichst eine kurzfristige Lösung herbeizuführen.

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 76/2010 einstimmig zu.

TOP 12: Regionaler Vorschlag zum Jahresbauprogramm 2011 für den Radwegbau an bestehenden Landesstraßen

Herr Hösel führte aus, dass auch für dieses Programm 15 % der landesweiten Gesamtmittel zugewiesen worden seien. Er sprach den vorliegenden Änderungsantrag der FDP-Fraktion an, die bisher unter Rang 10 aufgeführte Radwegmaßnahme auf Rang 4 zu setzen und schlug folgenden ergänzenden Beschlussvorschlag vor:

„Der Anlage 1, Rang 1 bis 10, wird mit folgender Maßgabe zugestimmt:
Zu Rang 10, Radweg an der L 796 (Ibbbenbüren/Laggenbeck-Mettingen), ist im Zuge der im Herbst 2011 beim Landesbetrieb Straßenbau anstehenden

aktualisierten Bewertung neu zu berücksichtigen, dass die parallele K 24n samt Radweg vom Kreis Steinfurt mittelfristig nicht mit einem 2. BA, also nicht über den aktuell gebauten 1. BA hinaus, fortgeführt werden soll, was Mehrverkehre zu jenem Abschnitt der L 796 hin zur Folge hat, der noch ohne Radweg ist.

Seitens des Regionalrates wird erwartet, dass diese Neubewertung für das Jahresbauprogramm 2012 zu einer wesentlich höheren Priorisierung führt, die – eine entsprechende Baureifmachung vorausgesetzt – zu einem Baubeginn für den Radweg an der L 796 noch in 2012 führt.“

Herr Streich erläuterte, dass unabhängig davon, wie in der heutigen Kreistagssitzung über den Bau der K 24n entschieden werde, der Antrag auf eine höhere Priorisierung der Radwegemaßnahme bestehen bleibe.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass der Vorschlag keine Auswirkung auf die Priorisierungsliste für das nächste Jahr haben werde, sondern dass aufgrund ergänzender neuer Informationen eine Neupriorisierung für 2012 erfolgen wird. Nach Einschätzung der Bezirksregierung werde die Maßnahme dann doch sehr weit nach oben rücken. Er halte das für einen sinnvollen Weg.

Herr Nospickel unterstützte die Ausführungen von Herrn Streich und bat, in dem vorgeschlagenen Zusatz zum Beschlussvorschlag den Begriff „mittelfristig“ durch „nicht kurzfristig“ zu ersetzen, da die Entscheidung des Kreistages abzuwarten bleibe. Er sei mit dem vorgeschlagenen Verfahren einverstanden.

Herr Kleinpaß erläuterte, dass die Straße einschließlich des Radweges aufgrund des Planungsvorlaufes nicht vor 2015 oder 2016 gebaut werden könne. Deshalb schlage er vor, es bei dem Begriff „mittelfristig“ zu belassen.

Herr Paulsen äußerte die Zustimmung der SPD-Fraktion zu dem vorgeschlagenen Kompromiss und der entsprechenden Ergänzung zum Beschlussvorschlag.

Der Regionalrat stimmte folgendem geänderten Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 77/2010 einstimmig zu:

„Der Anlage 1, Rang 1 bis 10, wird mit folgender Maßgabe zugestimmt:

Zu Rang 10, Radweg an der L 796 (Ibbsenbüren/Laggenbeck-Mettingen), ist im Zuge der im Herbst 2011 beim Landesbetrieb Straßenbau anstehenden aktualisierten Bewertung neu zu berücksichtigen, dass die parallele K 24n samt Radweg vom Kreis Steinfurt mittelfristig nicht mit einem 2. BA, also nicht über den aktuell gebauten 1. BA hinaus, fortgeführt werden soll, was Mehrverkehre zu jenem Abschnitt der L 796 hin zur Folge hat, der noch ohne Radweg ist.

Seitens des Regionalrates wird erwartet, dass diese Neubewertung für das Jahresbauprogramm 2012 zu einer wesentlich höheren Priorisierung führt, die – eine entsprechende Baureifmachung vorausgesetzt – zu einem Baubeginn für den Radweg an der L 796 noch in 2012 führt.“

TOP 13: Nachtrag zum Jahresförderprogramm 2010 - „Kommunaler Straßen- und Radwegebau“

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 78/2010 einstimmig zu.

TOP 14: Sitzungstermine des Regionalrates Münster 2011

Der Vorsitzende gab bekannt, dass im Sommer eine Bereisung mit dem Schwerpunkt mögliche Konfliktbereiche des Regionalplans Münsterland geplant werde und bat die Bezirksregierung, hierfür einen möglichen Termin vorzuschlagen.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 79/2010 zur Kenntnis.

Anmerkung der Geschäftsstelle: Inzwischen wurde vereinbart, dass die Bereisung des Regionalrates Münster am 21. Juli 2011 stattfinden soll.

TOP 15: Verschiedenes

**a) Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.11.2010
Erdgasprobebohrungen durch Exxon Mobil im Münsterland**

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 83/2010 zur Kenntnis und beschloss, zu diesem Thema eine Sondersitzung am 19.01.2011 durchzuführen.

Der Vorsitzende schloss die Sitzung um 11.35 Uhr.

The image shows two handwritten signatures in black ink. The signature on the left is a stylized cursive 'U. Reiw'. The signature on the right is 'Udo Reiw' written in a more legible, slightly cursive hand.

Vorsitzender

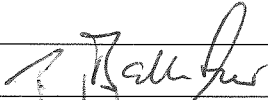
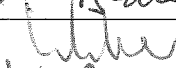

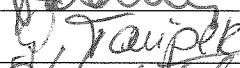
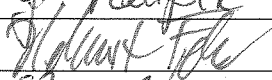
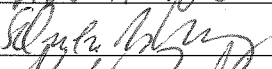
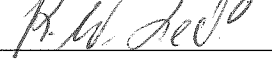
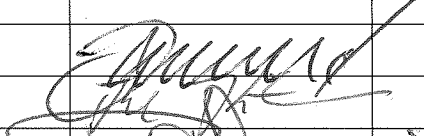




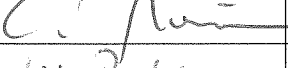


weiteres Mitglied

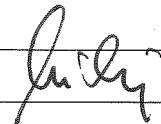

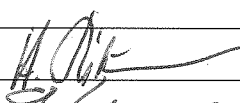
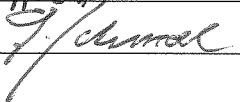
Schriftführerin

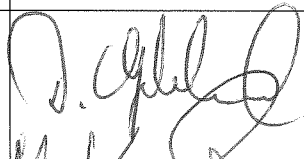
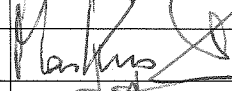
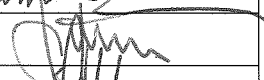
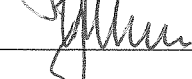
Anwesenheitsliste
für die Sitzung des Regionalrates Münster
am 13. Dezember 2010

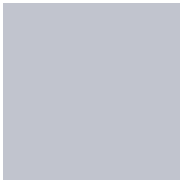
Beginn: 9.30⁵ Uhr

Ende: 11.35

Stimmberechtigte Mitglieder	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Ballenthin, Eckart		x	
Weber, Stefan		x	
Daldrup, Bernhard		x	
Tanjsek, Gerti		x	
Fehr, Helmut		x	
Schulze Esking, Werner		x	
Hild, Karl-Wilhelm		x	
Stremlau, Lisa			
Nospickel, Ansgar			x
Kösters, Karl		x	
Paulsen, Friedrich		x	
Schemmer MdL, Bernhard		x	
Gerhardy, Martin		x	
Rauen, Engelbert		x	
Reiter, Udo		x	
Streich, Hans-Jürgen		x	
Tarner, Hedwig			

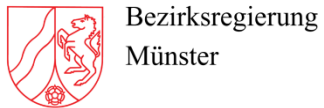
Beratende Mitglieder	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Eiling, Hermann		X	
Schulte-Uebbing, Karl-Friedrich			
Dr. Harengerd, Michael		X	
Dr. Hülsdünker, Josef			
Lammers, Marianne			
Leuteritz, Erika			
Hemsing, Andreas			
Hampel, Ulrich			
Rittermeier, Heinz		X	
Schmal, Ferdi		X	

Teilnehmer mit beratender Befugnis	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Landschaftsverband Westfalen-Lippe Dieter Gebhard		X	
Oberbürgermeister Münster			
Landrat Borken GROTHUES			
Landrat Coesfeld VD GILBEAU			
Landrat Steinfurt			
Landrat Warendorf			



Anreizsystem zur Interkommunalen Zusammenarbeit

Sitzung des Regionalrates am 13.12.2010



Bezirksregierung
Münster



Alexandra Dorndorf
Dezernat Kommunal- und Finanzaufsicht





Übersicht

1. Interkommunale Zusammenarbeit
2. Rechtliche Grundlagen
3. Für und Wider Interkommunaler Zusammenarbeit
4. Förderung Interkommunaler Zusammenarbeit?
5. Bausteine einer Förderung
6. Ausgestaltung eines möglichen Anreizsystems
7. Blick in die Bundesländer
8. Fazit



Bezirksregierung
Münster





1. Interkommunale Zusammenarbeit

Definition

- Zusammenarbeit von zwei oder mehreren Kommunen
- zur gemeinsamen Erbringung von öffentlichen Leistungen
- mit dem Ziel, Kosten zu senken und/oder
- die Leistung effizienter zu erbringen.



Freiwilligkeit



Bezirksregierung
Münster

NRW.





2. Rechtliche Grundlagen

- ✓ GKG NRW
 - ✓ Arbeitsgemeinschaften (§§ 2, 3 GKG)
 - ✓ Zweckverbände (§§ 4-22 GKG)
 - ✓ Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen (§ 23-26 GKG)
 - ✓ Gemeinsames Kommunalunternehmen (§§ 27,28 GKG)
- ✓ §§ 107 ff GO NRW
 - ✓ GmbH
 - ✓ AöR
- ✓ §§ 3, 4 GO NRW
 - ✓ Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung 2007



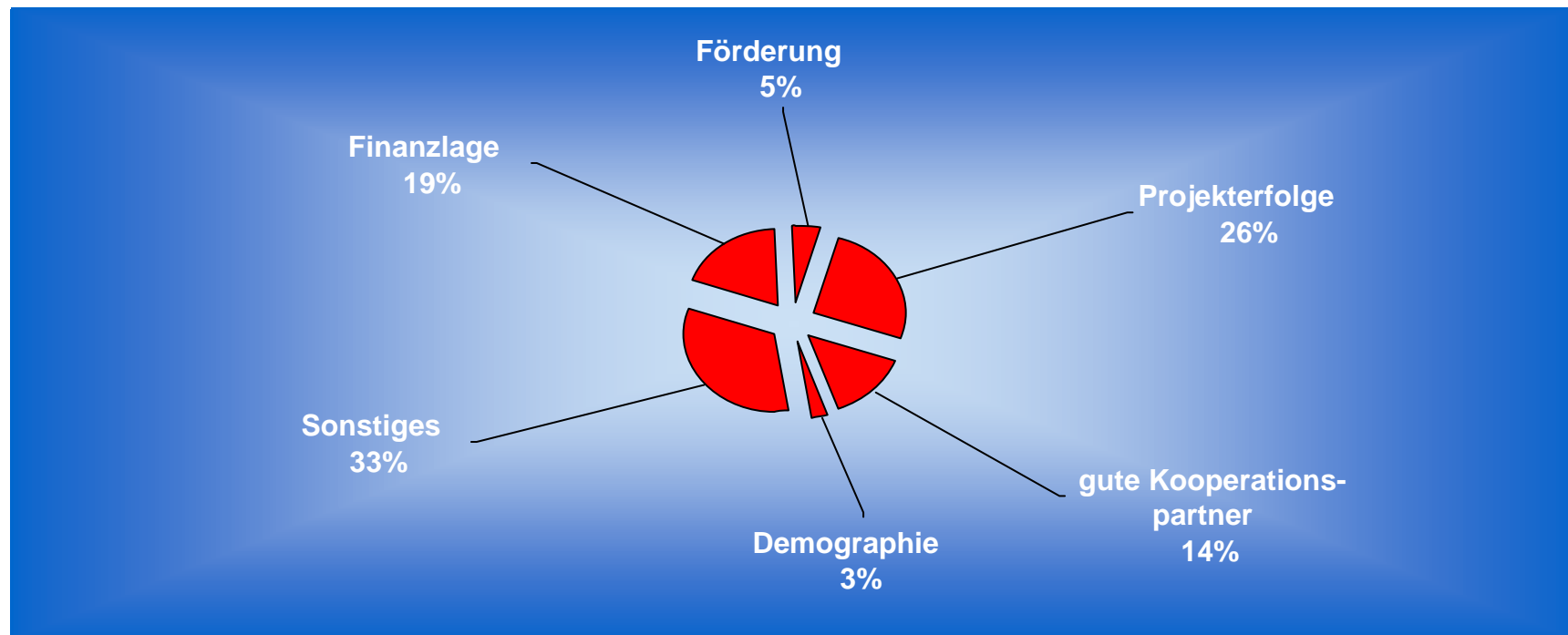
Bezirksregierung
Münster





3. Für und Wider Interkommunaler Zusammenarbeit

Faktoren, die Interkommunale Zusammenarbeit fördern



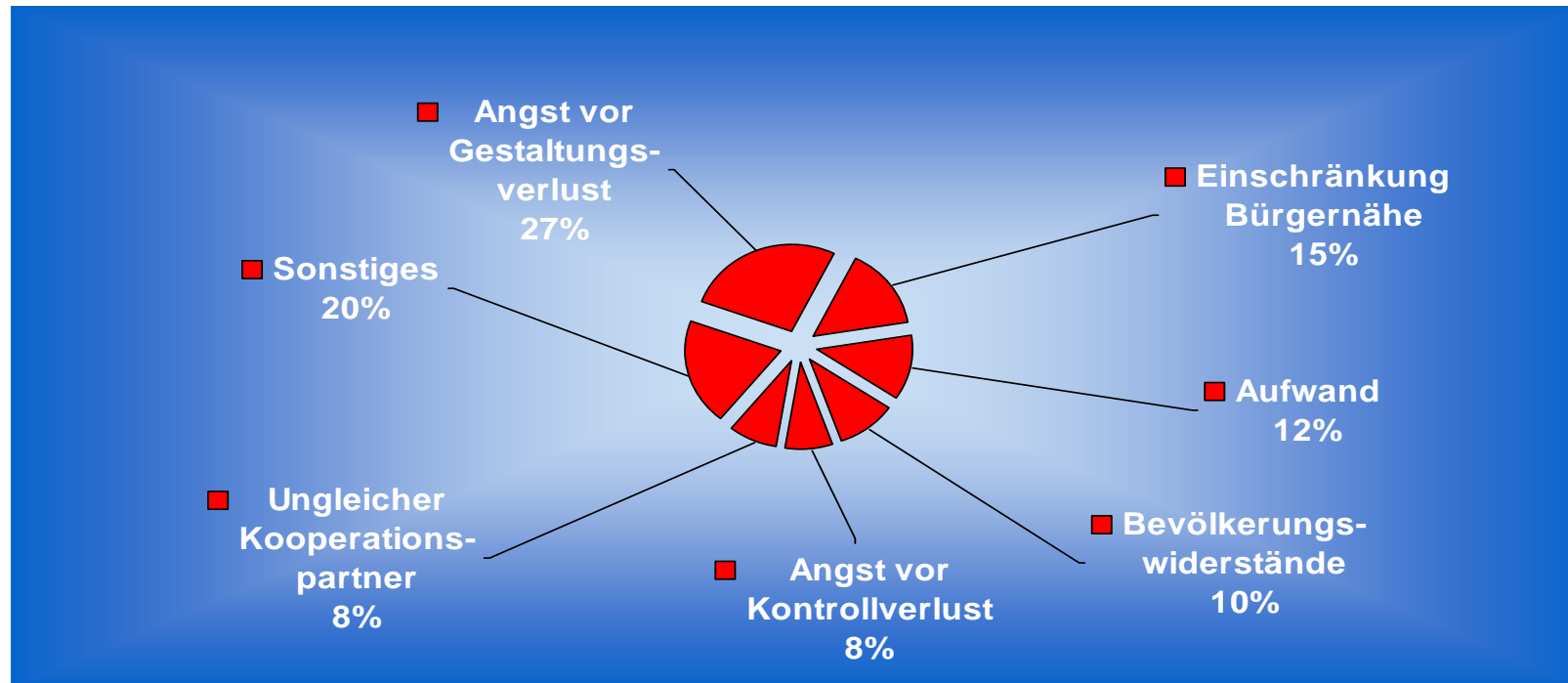
Bezirksregierung
Münster





3. Für und Wider Interkommunaler Zusammenarbeit

Faktoren, die Interkommunale Zusammenarbeit behindern



Bezirksregierung
Münster





4. Förderung Interkommunaler Zusammenarbeit?

Rahmen-
bedingungen?

Anreiz?

Belohnung?

Freiwilligkeit



Bezirksregierung
Münster

NRW.





4. Förderung Interkommunaler Zusammenarbeit?

Anknüpfungspunkte einer Förderung

Perspektive der Kommunen

Projektkosten senken

Managementhilfen

Höherer Gewinn

Perspektive des Landes

Überschaubare Kosten

Hilfe zur Selbsthilfe

Politische Steuerung



Bezirksregierung
Münster

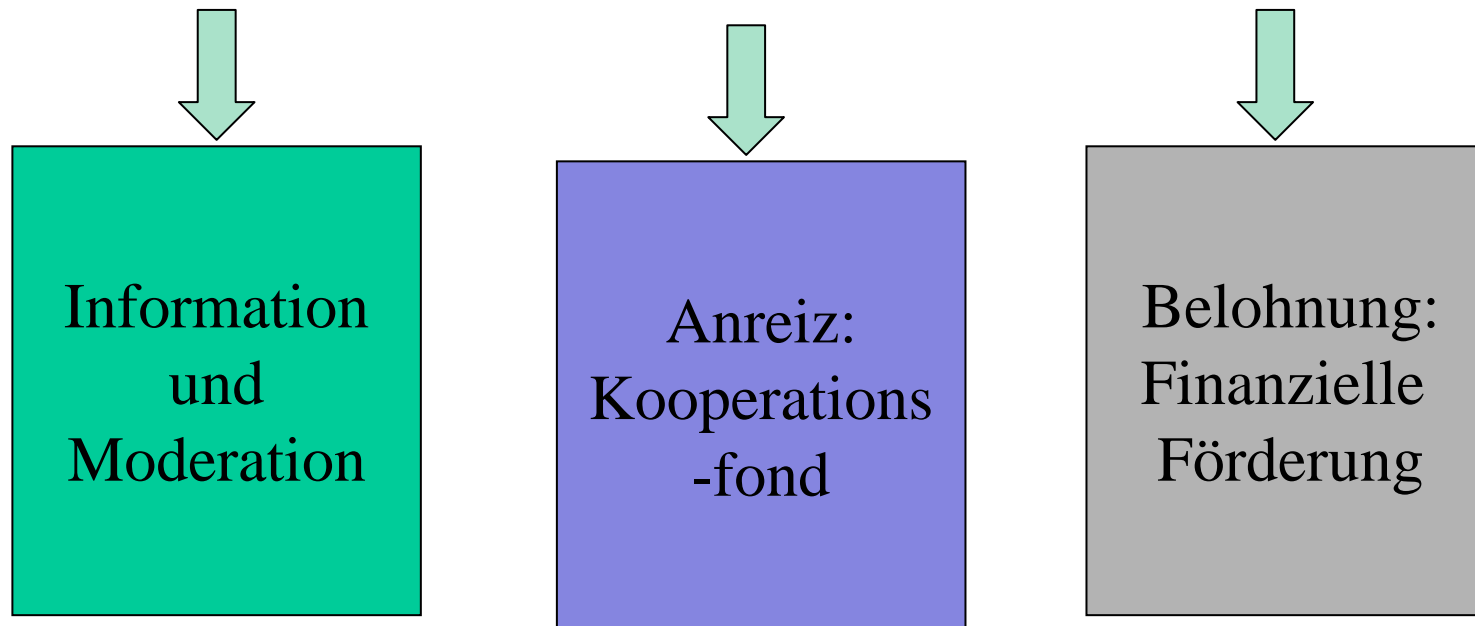




5. Bausteine einer Förderung



3 Säulen-Förderung



Bezirksregierung
Münster

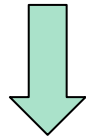




6. Ausgestaltung eines Anreizsystems



Bausteine einer Förderung



Information
und
Moderation

1. Information

- Aufbau einer Datenbank zur Interkommunalen Zusammenarbeit
- „Muster“-Projektpläne
- Regelmäßiger Erfahrungsaustausch

2. Moderation

- Projektmanagement durch Bezirksregierung
- Moderation des Projekts
- Klärung von Rechtsfragen



Bezirksregierung
Münster

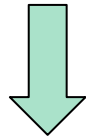
NRW.





6. Ausgestaltung eines Anreizsystems

Bausteine einer Förderung



Anreiz:
Kooperations
-fond

- Konkrete Projektanreize
- Fond für inhaltlich und organisatorisch wünschenswerte Initiativen
- Politische Schwerpunktsetzung möglich



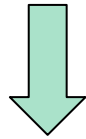
Bezirksregierung
Münster





6. Ausgestaltung eines Anreizsystems

Bausteine einer Förderung



Belohnung:
Finanzielle
Förderung

- „Hochzeitsprämie“
- Strukturförderung
- Projektbezogene Förderung
- Zielgenau und erfolgsabhängig



Bezirksregierung
Münster





7. Blick in andere Bundesländer



- Niedersachsen
- Hessen
- Bayern
- NRW



Bezirksregierung
Münster

NRW.





8. Fazit

- Förderung von Interkommunaler Zusammenarbeit ist notwendig
- Hilfe zur Selbsthilfe
- Gemeinsames Handeln von Kommunen, Bezirksregierungen und Land
- Zeitlich befristete, nachhaltige Förderung



Bezirksregierung
Münster





**Vielen Dank für
Ihre
Aufmerksamkeit!**



Bezirksregierung
Münster

